



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und
Organisation am 08.06.2022**
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Willi Bargfrede	Vertretung für Abgeordneten Ernst Behrens
Abg. Patrick Brinkmann	Vertretung für Abgeordneten Dirk-Frederik Stelling
Abg. Nico Burfeind	
Abg. Thomas Busch	
Abg. Wolfgang Harling	
Abg. Stefan Klingbeil	Vertretung für Abgeordnete Susanne Mrugalla
Abg. Detlef Kück	
Abg. Volker Kullik	Vertretung für Abgeordneten Tobias Koch
Abg. Frank Peters	
Abg. Günter Scheunemann	
Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder	
Abg. Bernd Sievert	
Abg. Mathias Ullrich	

Verwaltung

Landrat Marco Prietz	bis TOP 6
Herr Sven Höhl (Dez. I)	
Herr Marco Groth (Amt 10)	
Frau Dr. Emese Stauke (Amt 12)	ab TOP 7
Herr Axel Bolz (Amt 20)	ab TOP 7
Frau Christina Schultz (Amt 15)	ab TOP 7
Herr Oliver Hübner (Personalrat)	
Frau Monika Trau (Amt 10)	

Tagesordnung:

b) öffentlicher Teil

- 7 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 8 Eingliederung des Betriebes Rettungsdienst in den allgemeinen Haushalt
Vorlage: 2021-26/0187
- 9 Bericht zum aktuellen Stand der Digitalisierung in der Kreisverwaltung und in den kreiseigenen Schulen
Vorlage: 2021-26/0190
- 10 Anfragen

b) öffentlicher Teil

Punkt 7 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

- a) **Herr Höhl** berichtet zum Kommunalen Finanzausgleich 2022. Nach den am 29. März durch das Landesamt für Statistik übermittelten endgültigen Berechnungsgrundlagen für den Finanzausgleich 2022 werden die Schlüsselzuweisungen für den Landkreis um rd. +4,65 Mio. € höher (Gesamt: 64,1 Mio. €) und die Kreisumlage wird um rd. +588 T€ höher (Gesamt: 86,6 Mio. €) ausfallen als geplant.

Insgesamt ist somit eine Verbesserung im Haushalt 2022 von rd. +5,3 Mio. € gegenüber den Planansätzen zu verzeichnen. Hintergrund des stark verbesserten Ergebnisses bei den Kreis-Schlüsselzuweisungen ist eine stärkere Berücksichtigung im Soziallastenansatz des Finanzausgleichssystems. Dies hängt mit den zusätzlichen Belastungen beim BTHG zusammen, da die Landesbeteiligung von bisher 45,13 % auf 33,3 % sinkt, was Mindereinnahmen von rd. 1,8 Mio. € im Teilhaushalt 4 Soziales im laufenden Jahr bedeutet. Dieser Einnahmeausfall kann durch die genannten Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen jetzt vollständig kompensiert werden. Weiterhin ist im Produkt Asylbewerberleistungsgesetz aufgrund der dynamischen Flüchtlingsbewegungen und der zeitlich nachgelagerten Kostenerstattungen mit einem hohen Defizit zu rechnen, welches voraussichtlich auch durch die höheren Schlüsselzuweisungen kompensiert werden kann.

- b) **Herr Höhl** berichtet weiter, dass vom 10. bis 12. Mai 2022 der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ zu seiner regulären Frühjahrssitzung tagte. Verglichen mit der Steuerschätzung vom November 2021 werden die Steuereinnahmen insgesamt für Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2022 um 40,4 Mrd. Euro höher ausfallen. Für die Gemeinden um + 4,9 Mrd. Euro; gegenüber dem Ist 2021 um +1,2 Milliarden Euro (+0,9 %). Die verbesserten Schätzergebnisse ergeben sich aus der guten Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Quartal 2022. Zugleich ist die aktuelle Prognose jedoch im aktuellen Umfeld durch hohe wirtschaftliche Unsicherheit (Ukraine Krieg, Energiepreisanstieg, Lieferengpässe) geprägt. Zudem wurden die zwischenzeitlich in Kraft getretenen umfangreichen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung (9 Euro-Ticket, Spritpreisrabatt) in der Schätzung nicht berücksichtigt. Insoweit ist zu bedenken, dass sich die Steuereinnahmen, insbesondere in diesem Jahr, noch deutlich gegenüber den vorgelegten Ergebnissen mindern werden.

Die Regionalisierung der Schätz-Ergebnisse für Niedersachsen bedeuten im laufenden Jahr Mehreinnahmen von 810 Mio. Euro für den Landeshaushalt. Für den kommunalen Finanzausgleich rechnet das Land für dieses Jahr nunmehr mit einer Verbesserung von 131 Mio. Euro, die im Rahmen der Steuerverbundabrechnung die Zuweisungen für Landkreise und Gemeinden im kommenden Jahr 2023 erhöhen würden. Hinzu treten höhere Einnahmeerwartungen für das Jahr 2023 in Höhe von 190 Mio. Euro.

Die gemeindlichen Steuereinnahmen sollen im laufenden Jahr insgesamt um 196 Mio. Euro auf dann 10,4 Milliarden Euro steigen. Die Veränderungen werden insbesondere durch deutlich höhere Einnahmeerwartungen bei der Gewerbesteuer aber auch beim Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer getragen.

c) Für den kommenden Kreishaushalt 2023 ist mit einem deutlichen Anstieg der Energiekosten (Strom+Gas) zu rechnen. In 2021 wurden hierfür rd. 1,4 Mio. € aufgewendet, im laufenden Jahr wird mit Kosten von 1,8 Mio. € und für 2023 vorsichtig geschätzt von bis zu 3 Mio. € gerechnet. Beim Gas haben die Verträge noch eine Laufzeit bis Ende 2023, daher wird hier nicht mit erheblichen Steigerungen gerechnet. Beim Strom wird allerdings mit erheblichen Steigerungen gerechnet, die nächste (Bündel-) Ausschreibung erfolgt im Herbst dieses Jahres. Die steigenden Energiekosten werden sich auf die Zahlungen der KDU an die SGB II-Hilfeempfänger im Jobcenter auswirken – auch hier wird ein deutlicher Anstieg erwartet.

Zur Gegensteuerung bei den Heizkosten hat das Gebäudemanagement in den vergangenen Jahren begonnen die Wärmeerzeugungsanlagen sukzessive auf regenerative Energien umzustellen:

- Förderschule Rotenburg – Pelletheizung
- Sporthalle Zeven – Wärmepumpe + PV-Anlage
- Sporthalle Bremervörde – Wärmepumpe
- Neubau Bremervörde – Gaswärmepumpe + Brennstoffzelle + PV-Anlage
- BBS Rotenburg - PV-Anlage + Solarthermie

Punkt 8 der Tagesordnung: **Eingliederung des Betriebes Rettungsdienst in den allgemeinen Haushalt**
Vorlage: 2021-26/0187

Herr Höhl berichtet, dass aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, der Praktikabilität und Verwaltungsvereinfachung vom Kreistag am 21.12.2020 die Wiedereingliederung des Nettoeregietriebes Rettungsdienst in den Kernhaushalt des Landkreises zum 01.01.2022 beschlossen wurde.

Heute soll die konsolidierte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2022 als Grundlage für die folgende Prüfung (im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zum 31.12.2022) durch das Rechnungsprüfungsamt und die anschließende Feststellung durch den Kreistag vorgestellt werden.

Herr Bolz erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Schritte zur Eingliederung des Rettungsdienstes in den allgemeinen Haushalt (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Bericht zum aktuellen Stand der Digitalisierung in der Kreisverwaltung und in den kreiseigenen Schulen**
Vorlage: 2021-26/0190

Frau Dr. Stauke berichtet zum aktuellen Stand der Digitalisierung mithilfe einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 2**).

Vorsitzender Harling möchte wissen, ob die hierzu eingereichten Fragen des Abg. Lindenberg beantwortet werden würden. Die Fragen werden zu einem Großteil durch den Vortrag von Frau Dr. Stauke beantwortet und in die Präsentation eingearbeitet.

Im Verlauf des Vortrages entsteht eine lebhafte Diskussion. **Frau Dr. Stauke** gibt anschaulich über die Problematik einer schnellen Umsetzung zur Digitalisierung Auskunft. Es müssten zum Teil Schnittstellen bei den verschiedenen Fachverfahren durch die Softwarehersteller gebaut werden. Hier sei die Auftragslage sehr angespannt, bisweilen seien Wartezeiten bis zu 6 Monaten einzukalkulieren. Im Bereich der Schulen stünde nach wie vor die Frage im Raum, inwieweit der Landkreis beim First-Level-Support integriert sein müsse. Dies sei eigentlich eine Sache des Landes. In Bezug auf die WLAN-Struktur wurden schon Verbesserungen herbeigeführt. **Herr Höhl** appelliert dazu, gemeinsam mit den Schulen zu agieren. Auch die Politik müsse mitarbeiten.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

Vorsitzender Harling bedankt sich für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 15.45 Uhr.

gez. Harling
Vorsitzender

gez. Prietz
Landrat

gez. Trau
Protokollführerin